

## A3: Höhere Priorisierung von Queerfeminismus und Anti-Rassismus in der internen Bildung der JUSO Zug

Antrag des Vorstands der JUSO Zug zuhanden der Jahresversammlung der JUSO Zug am 9. März in Zug

Der Vorstand verpflichtet sich und übernimmt Verantwortung für eine höhere Priorisierung von Queerfeminismus und Anti-Rassismus in der internen Bildung der JUSO Zug, und muss die notwendigen Massnahmen erlassen, damit die interne Bildung die politischen Positionen der JUSO reflektiert. Die Umsetzung dieses Antrages wird an der nächsten ordentlichen Jahresversammlung analysiert und überprüft.

**Begründung:** Die interne Bildung ist die Grundlage der politischen Arbeit der JUSO Zug. Sie hat Einfluss auf die Aktionen, die organisiert werden, auf Wahlkampagnen, und auch auf Entscheidungen darüber, welche Abstimmungskampagnen und Initiativen wir unterstützen. Dabei besteht das interne Bildungsangebot aus Workshops, Stammtischen und Inputs an unseren Versammlungen. Da die Anzahl der Veranstaltungen limitiert ist, muss immer eine Entscheidung darüber getroffen werden, mit welchen Themen wir uns aktiv auseinandersetzen und mit welchen nicht. Bislang wurden diese Entscheidungen situativ vom Vorstand gefällt. Es wurden jeweils Bedürfnisse der Basis, aktuelle politische Ereignisse und die politischen Grundwerte der Partei berücksichtigt. Doch kein Vorstand ist frei von blinden Flecken, so auch wir. Deshalb wollen wir uns dazu verpflichten, die Themen Queerfeminismus und Anti-Rassismus in der internen Bildung höher zu priorisieren. Denn unsere politischen Schwerpunkte dürfen nicht nur leere Versprechens sein, sondern müssen sich auch in Wort und Tat widerspiegeln.

In der JUSO Zug haben Queerfeminismus und Anti-Rassismus noch nicht die Priorität erhalten, welche ihnen zusteht. Die Konsequenz daraus ist die Gefahr einer lückenhaften, eindimensionalen Kapitalismuskritik, welche statt einer intersektionalen Analyse eine klassenreduktionistische Analyse des aktuellen Systems fördert. Dieser Entwicklung wollen wir durch eine höhere Priorisierung von Anti-Rassismus und Queerfeminismus entgegenwirken. Das Patriarchat und Rassismus sind nicht nur Nebenerscheinungen, sondern die Grundlage des kapitalistischen Systems und der darauffolgenden Ausbeutung. Mithilfe der Annahme dieses Antrags sollte diese Tatsache unseren Mitgliedern klar gemacht werden.

Empfehlung des Vorstands: Annahme